

Beschluss des Landrats vom 17.11.2022

Nr. 1840

42. Steuerausfälle: Nicht mit uns! Steuerertrag bezogen auf Quartiere und Bauzonen ausweisen

2022/117; Protokoll: mko

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) informiert, dass der Regierungsrat das Postulat entgegennehme.

Markus Meier (SVP) ist wie auch seine Fraktion gegen Überweisung. Als er den Titel des Vorstosses zum ersten Mal gelesen hatte, dachte er erst, dass er für einmal mit Thomas Noack einig sei. Als er sich jedoch in den Vorstoss vertieft hatte, bekam er Schüttelfrost und Herzklopfen. Das verstärkte sich noch, als er zur Kenntnis nehmen musste, dass die Regierung bereit ist, den Vorstoss entgegenzunehmen.

Um was geht es eigentlich? Es geht darum, dass man eine Datensammlung aus verschiedenen Bereichen machen möchte. Und zwar möchte man Steuerkennzahlen mit Wohngebieten zusammenlegen, bzw. auf Quartiere und Bauzonen ausweiten. In der Begründung der Regierung heisst es: «Angaben zu den Steuerpflichtigen um den eidgenössischen Gebäudeidentifikator (EGID) sowie den eidgenössischen Wohnungsidentifikator (EWID) zu erweitern.» Damit lässt sich im GWR die Steuerdaten abbilden bzw. damit verknüpfen und eine Struktur herauslesen. Es werden nun viele sagen, dass das doch kein Problem sei, da hier der Datenschutz gilt und die Daten vertraulich seien. Beim GWR handelt es sich aber um ein Gebäude- und Wohnungsregister, das je länger je mehr öffentlich wird. Erst Anfang des Jahres gab es eine Veränderung, als verschiedene Parameter vom sogenannten eingeschränkten in den öffentlichen Bereich gezügelt wurden. Was sieht man darin? Darin sieht man Gebäudenummern, politische Gemeinden, Referenzen zu den Grundstücken, Adressierungsangaben, Gebäudekategorie, Gebäudestatus (projektiert, erstellt, abgebrochen), Baudatum oder Periode, Gebäudedimensionen, Gebäudeflächen, Gebäudevolumen, Gebäudestruktur, Anzahl Stockwerke... Und jetzt kommt es ganz gut: Neuerdings kann man im GWR auch nachschauen, welche Liegenschaft welche Heizung hat, welche Liegenschaft einen Schutzraum hat, und sogar nicht nur, wie viele Zimmer eine Liegenschaft hat, sondern auch die Kocheinrichtung – das ist ja besonders interessant. Wird das Ganze nun vermisch mit Finanzen- und Steuerdaten, nähert man sich dem Zustand, der gewissen Leuten wohl durchaus entgegenkäme, nämlich dann, wenn in den Unternehmen am Bürostuhl das Salär des Angestellten angeschrieben ist, und an der Haustüre der Liegenschaften die Steuererklärung der Eigentümer oder Mieter hängt. Aus all den Gründen und den damit verbundenen Bedenken – verbunden mit der Frage, was man aus diesen Daten überhaupt herausliest, ob man irgendwelche Gentrifizierungsgefahren ablesen möchte, um herauszufinden, ob es zu viel oder zu wenig Reiche oder Armutsbetroffene gibt – ist für die SVP klar, dass man sich auf dieses Abenteuer nicht einlassen möchte. Sie lehnt den Vorstoss ab.

Thomas Noack (SP) glaubt, dass hier etwas auf Panik und Angst gemacht werde. Er verlangt nicht, dass über das GWR Einzelsteuerdaten zugänglich gemacht werden. Sein Vorstoss beabsichtigt, dass die Daten quartierbezogen aggregiert werden, als wichtiges Planungsinstrument für die Gemeinden, um eine gewisse Transparenz zu erreichen. Es wird vieles behauptet, ohne dass irgendjemand weiss, was wirklich Sache ist. Unterdessen stehen die Daten dank dem GWR zur Auswertung zur Verfügung. Das kann durch die Steuerbehörde oder das statistische Amt erfolgen, wobei die Daten unter Verschluss gehalten und nur die quartierbezogene Auswertung freigegeben werden würde. Er findet diese Daten wichtig, denn es wird immer wieder darüber diskutiert, wo

man wie viel bauen muss, in welcher Qualität etc. Hierfür sind die Steuerdaten ein durchaus relevantes Instrument für die Planung der Gemeinden.

Andreas Dürr (FDP) findet diesen Vorschlag fast schon von orwell'scher Qualität. Er ist entsetzt, dass man auf die Idee kommen kann, dass dies der Transparenz diene. Das ist ja überhaupt ein Wunderwort. Das zweite Wunderwort betrifft die Raumplanung. Nun wird also noch geschaut, wer wo wie wohnt und wer wo wieviel verdient. Der Votant kann Thomas Noack eine Führung durch gewisse Gemeinden, z. B. Binningen, anbieten, und ihm ziemlich genau sagen, wo es wieviel Geld gibt und wo nicht. Am Schluss soll es darum gehen, welches Quartier die Strasse selber bezahlen kann, und wo der Staat aushelfen soll: jene brauchen eher Velo, diese können etwas weniger Autofahren. Was soll das? Das ist völlig unnötig. Und das ausgerechnet von links-grüner Seite, für die Gesundheitsdaten ausserordentlich heikel sind, während sie an Steuerdaten nicht genug bekommen kann – um zu aggregieren, zu vergleichen, Statistiken zu erstellen und dann in der Raumplanung umzusetzen. Das geht nun aber wirklich zu weit – auch im Hinblick auf den Datenschutz. Der Vorstoss gehört unbedingt abgelehnt.

://: Mit 51:22 Stimmen bei 8 Enthaltungen wird das Postulat abgelehnt.
